

HEINZBRANDT

Die Überprüfung der Parteimitglieder — ein wichtiges Mittel zur Überwindung des Sektierertums

Aus den Erfahrungen der Berliner Parteiorganisation

Die Überprüfung der Mitglieder der Berliner Parteiorganisation erweist sich als ein außerordentlich wichtiges politisch-ideologisches Erziehungsmittel zur Überwindung der starken sektiererischen Hemmungen, die der Entfaltung der Aktionseinheit in Westberlin im Wege stehen.

Das Sekretariat der Berliner Landesleitung hat auf den Konferenzen der Landeskommission und der Kreis- und Grundkommissionen, die dem Erfahrungsaustausch dienen, das Problem der Aktionseinheit in den Mittelpunkt gerückt. Es liegen bereits sehr aufschlußreiche Erfahrungen positiver und negativer Art über die Arbeit der Leitungen, das Auftreten unserer Genossen im Betriebe, ihre Stellungnahme zur Aktionseinheit vor den Grundkommissionen sowie Beispiele von vorbildlichen Selbstverpflichtungen vor. Welches Bild ergibt sich und welche Konsequenzen sind jetzt von der Landesleitung Groß-Berlin zu ziehen?

Was Genossen ans dem Westsektor bei der Überprüfung berichteten

Untersuchen wir zuerst einige konkrete Beispiele:

Im amerikanischen Sektor wurde eine namhafte Reihe von DGB-Kollegen und SPD-Genossen eines Großbetriebes von unseren Genossen in ihrer Wohnung aufgesucht. Mit Ausnahme eines einzigen Kollegen, der sich vorläufig noch ablehnend verhielt, entwickelte sich eine sehr positive Diskussion. Die Aussprache wurde begrüßt. Die betreffenden DGB- und SPD-Kollegen äußerten, daß „der Unternehmer immer frecher wird“, daß „der Betriebsrat keine Macht mehr hat, hiergegen etwas zu unternehmen, wenn nicht alle Kollegen zusammenhalten. Eine Verständigung des DGB und FDGB halten wir für das Geeignete, um dem Unternehmer entgegenzutreten zu können. Die Arbeiter müssen wieder zusammenfinden.“

In der Diskussion wurde das Gemeinsame in den Vordergrund gerückt und das Trennende zurückgestellt; jedoch wurde von unseren Genossen in sachlicher Argumentation auf alle gestellten Fragen eingegangen, sie wurden offen von unserem Standpunkt aus erläutert.

So wurde z. B. auf die erfolgreiche Abwehr der Zwangsäumung in Rejnickenhof hingewiesen, als einige SPD-Genossen die Ansicht äußerten: „Wir sind für den Abzug aller Besatzungstruppen, aber wir glauben nicht, daß man etwas gegen ihre Pläne in Berlin machen kann.“

Unsere Genossen wiesen (besonders am Beispiel der Eisenhower-Reise) auf

wie falsch und gefährlich es ist, die Kriegsgefahr zu unterschätzen, als ein SPD-Genosse äußerte: „An die Gefahr eines neuen Krieges glaube ich nicht, da keiner mehr Soldat spielen will und wohl alle die Schnauze voll haben.“ — Geduldig und beharrlich wurde auch über den Friedenscharakter der Sowjetunion diskutiert, denn in diesem Punkt zeigen sich die größten Unklarheiten.

Eine Lehre für die Landesleitung

Unter anderen wurde auch ein SPD-Genosse aufgesucht, der auf Grund vorangegangener Aussprachen an der zweiten Konferenz unserer Landesleitung mit SPD-Genossen teilgenommen hatte. Seine Beurteilung des Verlaufes dieser Konferenz stellt eine berechtigte Kritik an der Vorbereitung und Durchführung dieser so wichtigen Tagung durch die Landesleitung dar. Dieser SPD-Genosse brachte zum Ausdruck, daß sowohl im Referat wie in der Diskussion nicht das Gemeinsame und die Zusammenarbeit gegen die Remilitarisierung im Mittelpunkt stand, sondern viel zu sehr das Trennende und eine „Abrechnung“ mit „der“ SPD. Er wies besonders auf den Genossen Kunow aus Spandau hin, weil dieser in der Diskussion ständig über „Verrat“ und „Verbrechen“ seitens „der“ SPD geschimpft habe. — Durch solche Reden ist der Gedanke der Aktionseinheit und die ganze Konferenz sehr geschädigt worden.

Die Landesleitung wird auf der bevorstehenden nächsten Tagung kritisch und selbstkritisch zu solch wichtigen und bedeutungsvollen Hinweisen und Tatsachen, die ihr im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Überprüfung bekannt werden, Stellung nehmen müssen. Sie muß ohne jedes Zögern ernste Konsequenzen ziehen — was bisher versäumt wurde. Es ist auch notwendig, daß die Kreisleitung Spandau von dem Genossen Kunow in einer gründlichen Rücksprache eine selbstkritische öffentliche Stellungnahme verlangt und organisatorische Maßnahmen ergreift, falls sich erweist, daß den schweren sektiererischen Fehlern des Genossen Kunow eine parteifeindliche Einstellung zugrunde liegt.

Parteifeinde entfernen — Unklare Genossen erziehen

Die Berliner Parteiorganisation muß in aller Öffentlichkeit und vor den Augen der SPD-Genossen und DGB-Kollegen unmißverständlich zeigen, daß sie der berechtigten Kritik verständigungsbereiter sozialdemokratischer Genossen entschieden Rechnung trägt und sich ihre Politik nicht durch die sektiererische Haltung unbelehrbarer Genossen zerschlagen läßt.

Ideologische Klarheit bringt Erfolge

Bei der Überprüfung der Mitglieder der Betriebsgruppe einer Firma im französischen Sektor berichtete eine Genossin über den gemeinsamen erfolgreichen Abwehrkampf von DGB-, FDGB- und unorganisierten Kollegen gegen die durchgeführten Verschlechterungen des Minutenakkords. Die Genossin hatte es richtig verstanden, mit ihren Kolleginnen Kontakt zu gewinnen, an deren Interessen anzuknüpfen und ihre Kampfkraft durch Zusammenschluß zu stärken. Einige Genossen der Betriebsgruppe hatten ihr noch kurz zuvor gesagt: „In unserem Betrieb ist nichts zu machen.“ Diese Genossen hatten sich sektiererisch von ihren DGB-Kollegen abgekapselt und den sich entwickelnden Kampfwillen der Belegschaft unterschätzt. Hier ist also noch eine sehr ernsthafte Diskussion mit der Betriebsgruppe notwendig.

Was wir nicht dulden

Auf der Parteiaktivtagung, die bei Bergmann-Borsig zur Vorbereitung der Überprüfung stattfand, kam ein bezeichnender Vorfall zur Sprache. Der SPD-Genosse Kunze hatte sich mit der Kritik an die Betriebsgruppenleitung gewandt, daß „manche SED-Genossen die Zusammenarbeit nicht so verstehen, wie es eure führenden ~ Genossen wollen“. Als Beweis führte Genosse Kunze an, unser Genosse Röder sei mit ihm nach den Panzerwahlen in einen Wortwechsel geraten und habe dabei schadenfroh und schimpfend geäußert: „Nur gut, daß ihr Lumpen von der SPD eins auf den Deckel bekommen habt.“ Genossen, die in solch schädlicher Weise auf treten, müssen von der Partei zur Rechenschaft gezogen werden.

Es ist ein erfreuliches Zeichen für das wachsende Vertrauen der SPD- und DGB-Kollegen zu dem ehrlichen Willen unserer Partei zur Zusammenarbeit, daß Genosse Kunze uns sofort auf diese unerhörte Beschimpfung — die unseren Auffassungen direkt ins Gesicht schlägt — aufmerksam machte. Genosse Röder wurde von der Betriebsgruppe verpflichtet, sich beim Genossen Kunze sofort zu entschuldigen. Aber hat die Betriebsgruppenleitung wirklich schon ernst genug mit Genossen Röder gesprochen? Hat Genosse Röder wirklich schon in vollem Umfange eingesehen und selbstkritisch in aller Öffentlichkeit zur Sprache gebracht, wie sehr er mit seiner Haltung der Sache der Verständigung, der Sache der Partei, der Sache der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes geschadet hat? Welche Maßnahmen werden die